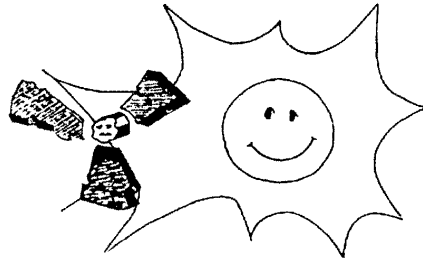


Atomkraftfreie Zukunft



P.b.b.

3/2017 Oktober

Die Zivilgesellschaft hat das Recht, mitzureden!



Die KonferenzteilnehmerInnen von links nach rechts: letzte Reihe: Paxus Calta, Márton Fabók, Jan Haverkamp, David Reinberger, Gueorgui Kastchiev, Reinhard Uhrig, Andreas Molin, Emmerich Seidelberger, Dietmar Glaninger, Dalibor Strasky; vordere Reihe: Magdalena Waygand, Julia Bohnert, Margit Quendler, Joschi Arbeithuber, Albena Simeonova, Heinz Stockinger, Lisa Lippa, Christoph Urbanek, Patrizia Lorenz, Hanna Nekowitsch, Summer Kern, Maria Lentsch, Luminita Simoiu, Dana Mareková, Brigitte Koller, Isolde Schönstein, Paula Stegmüller. Foto: NÖ Landesregierung

Die Vortragenden, die bei der Konferenz „Öffentlichkeitsbeteiligung bei Nuklearprojekten“ sprachen, waren jede/r für sich einzigartig; ReferentInnen aus Österreich, der Slowakei, aus Bulgarien, Ungarn und Rumänien (Monika Wittingerová aus Tschechien war leider erkrankt) zeigten in den einzelnen Präsentationen die Vielschichtigkeit des Themas, die Chancen, aber auch die Begrenzungen:

Jan Haverkamp, Energie-Experte für Greenpeace Zentral- und Osteuropa und Greenpeace Schweiz, der aus dem Stegreif über den Status quo der einzelnen europäischen AKWs referierte und was in den nächsten Jahren auf uns zukommen wird: z.B. dass in den nächsten zehn Jahren bei 86 AKWs in der EU eine Laufzeitverlängerung zur Diskussion stehen wird,

und jeder Fall wird separat behandelt werden müssen – da wartet viel Arbeit;

Gueorgui Kastchiev, früherer Chef der bulgarischen Atomaufsicht und nunmehriger Atomgegner, berichtete detailreich über die skurrilen, fast unglaublichen Abläufe rund um den Plan, den bereits ad acta gelegten Bau des bulgarischen AKWs Belene wieder aufzunehmen. Es ist eine Geschichte, die von Korruption und von gefassten und dann wieder umgestoßenen Entscheidungen für das AKW handelte, von veralteten Reaktorteilen, die geliefert wurden, und weil der Bau noch nicht so weit war, im Freien gelagert werden, wo sie vor sich hin rosten und nun doch wieder verwendet werden sollen.

Albena Simeonova, bulgarische Bio-Landwirtin und Umwelt- und Antiatom-Aktivistin seit Jahrzehnten, beschrieb mit lebhaften Worten und Bildern ihr Netzwerk, das sie rund um Belene mit lokaler Unterstützung aufgebaut hat und machte deutlich, wie schwierig es ist, im gegenwärtigen politischen Klima offen die Stimme gegen Atomkraft zu erheben; so sind Bürgermeister insgeheim gegen Atomkraft, aber getrauen es sich nicht öffentlich zu sagen, weil sie befürchten, sonst nicht mehr gewählt zu werden; für Fotos des vor sich hin rostenden Materials (auf einigen Teilen steht noch „SSR“), die Frau Simeonova gemacht hat, wird sie jetzt von der bulgarischen Justiz verfolgt.

Summer Kern, eine junge Rechtsanwältin, die für das Wiener →

→ **Ökobüro** wertvolle juristische Antiatomarbeit leistet, die qualifizierte Beschwerden an das Aarhus Convention Committee formuliert und über alles Bescheid weiß, was es unter den Begriffen „Aarhus Convention“ und „Espoo Convention“ zu wissen gibt; sie gab einen sehr guten Überblick über das EU-Recht und die Beteiligten in der EU, was Nuklearprojekte betrifft: die Möglichkeiten, Probleme und Entwicklungschancen.

Reinhard Uhrig von GLOBAL 2000 hat über die verschiedenen Grotesken neueren Datums rund um das AKW Mochovce berichtet: über geschwärzte Dokumente und Zugangsbeschränkungen, über Flusswasserproben mit einem Wert, der um das 13-Fache über dem erlaubten Wert für Trinkwasser liegt – und dort, wo die Probe genommen wurde, baden Menschen und wird geangelt ...

Der junge ungarische Aktivist Márton Fabók berichtet über die Entstehungsgeschichte der Ausbaupläne für Paks II: Erst durch den unangekündigten Vertrag zwischen Orbán und Putin wurde das Thema zum Politikum; die parlamentarische Opposition gegen das Projekt hält sich in Grenzen, die vorhandenen Bedenken sind eher Geldverschwendung, Abhängigkeit von Russland und Korruption und nicht so sehr

Risiken der Atomkraft.

Dana Mareková, slowakische Aktivistin, die sich bei der NGO bankwatch gegen die ukrainischen AKW-Ausbaupläne engagiert, berichtet über öffentlich finanzierte Laufzeitverlängerungen: wie die ukrainische Regierung um Kredite ansucht und die Bedingungen nicht eingehalten werden; die Kredite wurden für die Erhöhung der AKW-Sicherheit gewährt, verwendet werden sie aber für den AKW-Ausbau; sie möchte keine „good guy – bad guy“-Etiketten verteilen, sie erzählt, was passiert ist – jeder möge sich selbst einen Reim machen ...

Luminita Simoiu aus Rumänien von der Civic Association for Life berichtet über die bisherigen Ereignisse rund um den geplanten 7. Reaktor des AKW Kosloduj: keine Einbeziehung der Zivilgesellschaft, Ignorieren von Anfragen des rumänischen Umweltministeriums (!), Manipulation von Dokumenten (!) ...

Andreas Molin, Koordinator in Nuklearangelegenheiten beim österreichischen Umweltministerium, berichtete sehr kompetent über die Rolle der österreichischen Antiatompolitik, über die Rolle der Regierung und die der NGOs, die durch den „Druck von unten“ der Regierung bei

ihrer Antiatom-Arbeit helfen.

In den darauffolgenden Workshops zu den Themen Lobbying, Grenzüberschreitende Kooperation bei den AKWs Kosloduj und Belene, Internationale Kooperation für die Atomreaktoren Mochovce 3 und 4 wurden auf sehr kreative Weise Möglichkeiten gesammelt, gemeinsame Schritte zur Verhinderung oder zumindest Verzögerung von AKW-Neubauten oder Laufzeitverlängerungen zu setzen.

Die Konferenz wurde souverän und kompetent moderiert von Patrizia Lorenz, hochrangige Mitarbeiterin von GLOBAL 2000 und Friends of the Earth Europe.

Als Abschluss verabschiedeten die TeilnehmerInnen eine Petition, nachzulesen auf unserer Website.

Diese beeindruckende Konferenz wurde von Paula Stegmüller und ihrem Team von „Donauraum Atomkraftfrei“ monatelang sorgfältig vorbereitet und organisiert, wofür wir, die Wiener Plattform Atomkraftfrei, unserer Mitarbeiterin den allerherzlichsten Dank aussprechen!

Zu dem gewählten Thema, das kein leichtes war, wurden, das war offensichtlich, die kompetentesten Experten aus verschiedenen Gebieten in Theorie und Praxis gewonnen.

Stromzertifikate als Täuschung der Bevölkerung

Stromzertifikate sollen Transparenz für Stromkunden bringen, denn sie sollen nachweisen können, aus welchen Quellen der Strom kommt, den wir täglich verbrauchen. Stromanbieter aber können Grünstrom-Zertifikate erwerben, ohne diese in ihrem Strommix auszuweisen. So kann weiterhin Atomstrom aus Tschechien oder Deutschland importiert werden, der durch Wasserkraftzertifikate - beispielsweise aus Norwegen oder sogar aus Österreich - „grüngefärbt“ wird. Auf diese Weise wird der Stromkunde getäuscht.

Das Ende des Stromzertifikatehandels war eine der wichtigsten Forderungen, die die Wiener Plattform Atomkraftfrei am 1.9.2017 anlässlich der Übergabe von 5000 Unterschriften besorgter Bürgerinnen und Bürger an Wirtschaftsminister Mahrer gestellt hat. Allerdings sieht der Minister hier keinen Handlungsbedarf. Er verweist auf intelligente Geräte, die in absehbarer Zeit in jedem Haushalt anzeigen werden, welcher Strom gerade verbraucht wird. - Das entbehrt leider jeglicher Grundlage! Unser Einwand, dass Transparenz mit Zertifikaten, die an den Stromhandel gebunden sind, viel einfacher zu haben ist, bremst seine Begeisterung für „Smart Meter“ nicht.

Leider sieht Minister Mahrer keine Chance auf einen vollständigen Atomkraftausstieg, da es militärische Interessen am Weiterlaufen gebe. Staaten mit Atomkraftwerken haben Zugriff auf spaltbare Materialien, die zum Bau einer Atombombe nötig sind, und die Atomstaaten würden nicht auf Atomwaffen verzich-



ten. „Es kann doch nicht sein, dass militärische Interessen Vorrang haben vor Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung!“, empört sich Johanna Nekowitsch von der Wiener Plattform Atomkraftfrei.

Allianzen mit anderen AKW-freien Staaten in der EU hält Minister Mahrer nicht für umsetzbar und befürwortet sie daher nicht, obwohl NGOs international in vorbildlicher Weise zusammenarbeiten. Das sollte doch auch auf politischer Ebene durchgeführt werden, zumal dies für einen Atomkraftausstieg in Europa unbedingt erforderlich ist.

Während des österreichischen Ratsvorsitzes 2018 werde die Anti-Atompolitik laut Minister Mahrer ein wesentliches Thema sein. Das wird die Wiener Plattform Atomkraftfrei sicherlich im Auge behalten!

Diabetikerschulung für die Kleinsten aus Minsk



Im Mai 2017 fand die Schulung „Leben mit Diabetes“ für die Eltern der an Diabetes erkrankten Kinder (von 0 bis 11 Jahre) statt. Erfreulich war, dass teilweise beide Elternteile teilgenommen haben. Mit den Spenden werden die Kosten für die diabeteskranken Kinder und einen Elternteil übernommen. Für weitere Kosten müssen die Eltern selbst aufkommen. Die gemeinsame Teilnahme stärkt die Familien.

Die meisten Eltern wissen nicht, woher die Krankheit ihres Kindes kommt, besonders in den Fällen, wo es Diabetes in der Familie nicht gibt. Nur wenige vermuten als Auslöser die Katastrophe von Tschernobyl, da das Thema der gegenwärtigen negativen Auswirkung von Tschernobyl schon sehr viele Jahre in den Massenmedien von Weißrussland nicht erwähnt werden darf.

Aber die wissenschaftlichen Untersuchungen, die schon vor 17 Jahren in den radioaktiv verseuchten Regionen in Weißrussland durchgeführt wurden, beweisen den direkten Zusammenhang zwischen der radioaktiven Strahlung und der wachsenden Zahl der Diabeteserkrankungen bei Kindern. Die Untersuchungen wurden in verstrahlten (Gebiet Gomel) und „sauberen“ Territorien durchgeführt, die Zahlen vor und nach der Reaktorexpllosion analysiert und man ist zum Schluss gekommen, dass die Radioaktivität das Immunsystem der Kinder wesentlich beeinträchtigt und die Entstehung von Diabetes begünstigt hat.

Dadurch wird unsere Diabetesarbeit aktuell bleiben. Immer mehr Kinder erkranken und verzweifelte Eltern suchen unsere Unterstützung und direkte Hilfe..

Wir bitten Sie herzlich, das Projekt „Diabetesschulung“ mit Ihrer Spende zu unterstützen!

Spendenkonto: BAWAG PSK, IBAN AT20 6000 0000 9302 2985, Kennwort „Leben mit Diabetes“

Aufruf zur Mitarbeit

Schon mit zwei Stunden pro Monat wäre uns sehr geholfen!

Du tust es für Dich! Wir tun es für uns alle! Nur dagegen sein ändert leider nichts! Handeln ist gefragt!

Wenn Sie unseren Newsletter lesen wollen, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse bekanntzugeben.

Um unsere Aktivitäten auch weiter mit gutem Erfolg fortsetzen zu können, ersuchen wir unsere Leserinnen und Leser um die Überweisung des Förderbeitrags von € 15.- für das Jahr 2017.

Und wir freuen uns, wenn Ihnen unsere Zeitung gefällt und Sie uns als Zeichen Ihrer Wertschätzung eine Spende zukommen lassen!

Besuchen Sie uns auf unserer Website: www.atomkraftfreiezukunft.at

Am Donnerstag, den 26. Oktober 2017 von 10 bis 14 Uhr, Michaelerplatz

**STELL DIR VOR, ES IST DEMO UND ALLE GEHEN HIN!
AUFRUF ZUR DEMONSTRATION AM NATIONALFEIERTAG**

an alle, denen folgende Forderung ein Anliegen ist:

**Kein Reaktorneubau in Paks!
Keine Laufzeitverlängerung für das AKW Krško!**

Tschernobyl und Fukushima zeigen es: Atomenergie ist tödlich! Der nächste Super-GAU kommt! Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien und dem verantwortungsvollen Umgang mit allen unseren Ressourcen!

Wenn immer es Ihnen/Dir möglich ist, kommen Sie vorbei, unterstützen Sie dieses wichtige Vorhaben, verschieben Sie Ihre Mittagspause, nehmen Sie Ihre Kinder mit, den Babysitter auch, KollegInnen, FreundInnen, Schwester, Bruder etc., jede/r ist willkommen, jede/r wird gebraucht!

Die Vervielfältigung und der Versand dieser Zeitungs Ausgabe werden unterstützt von der Wiener Umwelthanwaltschaft.

Endlich ein völkerrechtlich bindendes Atomwaffenverbot!

Und doch haben Atomwaffentests neuerdings eine traurige Realität ...

Im Juli 2017 unterzeichneten 122 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen einen Vertrag, der Atomwaffen und deren Herstellung, Transport und Stationierung verbietet. Österreich als Nicht-Nuklearwaffen-Land spielte beim Zustandekommen der Verhandlungen eine tragende Rolle, und NGOs und FriedensaktivistInnen feiern dies als Quantensprung Richtung nukleare Abrüstung. Aber ist diese tatsächlich durch den Vertrag näher gerückt?

Fakt ist, dass ausschließlich Nicht-Nuklearwaffen-Staaten diesen Vertrag unterzeichnet haben, denn an den Verhandlungen nahmen weder Nationen, die im Besitz von Atomwaffen sind, noch NATO-Mitgliedsstaaten teil, denn diese setzen weiterhin auf das Prinzip der nuklearen Abschreckung. Besitz und Nicht-Besitz von Atomwaffen sind zwei gegensätzliche, unvereinbare Positionen.

Dennoch birgt das völkerrechtlich bindende Verbot Hoffnung. Es schließt an das existierende Verbot von biologischen und chemischen Waffen an. Weiters verbessert es den Opferschutz, auch bei nuklearen Tests, und stigmatisiert den Besitz von jeglichen atomaren Sprengköpfen. Darüber hinaus begründet der Vertrag das Mitspracherecht aller Staaten, weitere Staaten können beitreten.

Trotzdem informieren die Machthaber der beiden größten Atomwaffenationen, Russland und die USA, die Weltöffentlichkeit über ihre atomare Auf- bzw. Umrüstung, und inzwischen führt der nordkoreanische Machthaber Kim Jong-un provokante Reichweitentests seiner Raketen im pazifischen Raum durch. Darüber hinaus ließ er erst kürzlich, zum Entsetzen des Nachbarstaates Südkorea und der gesamten Weltöffentlichkeit, eine Wasserstoffbombe testen, die laut Schätzungen das Achtfache der Sprengkraft der Hiroshimabombe hatte. Die Sanktionen und Drohungen seitens der USA und nun auch Chinas, den Handel mit Nordkorea massiv zu beschränken oder einzustellen, fruchten nicht.

Es wird Zeit, dass die Mehrheit der Staaten, die das Verbot unterzeichnet haben, sich nicht länger von ein paar Atommächten in Geiselhaft nehmen lässt.

LURK

Die diesjährige Konferenz der LandesumweltreferentInnen (LURK) brachte zum Thema Atomkraft folgendes Ergebnis:

Forderungen an die Bundesregierung:

- **Bemühungen um das Zustandekommen einer Konferenz mit dem Ziel der Auflösung des EURATOM-Vertrages**
- **Beitritt zur „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ sowie EU-weit einheitlicher Rechtsrahmen zur Atomhaftung mit angemessenen Haftungssummen**
- **Stopp dem Ausbau der Atomkraft in Europa**
- **UVP-Pflicht auch bei Laufzeitverlängerungen von AKWs**
- **Transparente Suche nach einem Standort für ein Atommüll-Endlager in Tschechien**
- **Klage gegen den Ausbau des AKW Paks, Ungarn**

Besorgniserregender Anstieg von Krebserkrankungen

Nach dem Super-GAU von Tschernobyl haben Ärzte darauf hingewiesen, dass es ungefähr 30 Jahre nach der Katastrophe zu einem signifikanten Ansteigen von Krebserkrankungen kommen werde. Jetzt, 31 Jahre nach Tschernobyl, zeigt sich, dass sie recht gehabt haben (s. Statistik Austria). Unverständlich, dass im österreichischen Gesundheitsministerium bisher diesem Thema nicht die gebührende Wichtigkeit beigemessen wird und ein Ansuchen der Wiener Plattform Atomkraftfrei um einen Termin abgelehnt wurde. Für die Zeit nach der Wahl rechnen wir doch damit, dass die Wiener Plattform Atomkraftfrei auf jeden Fall einen Termin bekommt!!



Mag.ª Hanna
Nekowitsch,
Sprecherin der
„Wiener
Plattform
Atomkraftfrei“

Etikettenschwindel

Redaktion: Die Wiener Plattform Atomkraftfrei hatte einen Gesprächstermin bei Wirtschaftsminister Mahrer. Wurde dabei das Thema Atomstromimport angesprochen?

Hanna: Selbstverständlich, das war ein wichtiger Punkt, denn wir halten es für einen unhaltbaren Zustand, dass Zertifikate losgelöst vom Stromhandel verkauft werden. So wird dem importierten Atomstrom ein grünes Mäntelchen umgehängt. **Das ist letztlich Betrug am Stromkunden.**

Red.: Wie steht der Minister dazu?

H.: Er sieht bezüglich der Stromzertifikate keinen Handlungsbedarf, sondern setzt auf technische Neuerungen, auf Geräte, an denen die Kunden jederzeit ablesen können, wie viel Strom aus welchen Quellen gerade verbraucht wird, und meint, die Konsumenten könnten dann ja entsprechend den Anbieter wechseln. Das halten wir allerdings in jeder Hinsicht für illusorisch. **Außerdem ist ein Zertifikateschwindel ein Zertifikateschwindel, mit oder ohne „smarte“ Geräte.**

Red.: Im Zusammenhang mit Atomstrom wird oft argumentiert, dass ohne ihn die Lichter ausgehen. Wie real ist diese Gefahr?

H.: Auch das ist ein Etikettenschwindel! Die Frage ist nicht, was passiert mit der Stromversorgung, wenn die AKWs ausfallen bzw. abgeschaltet werden. Die Frage ist, was passiert mit den AKWs, wenn der Strom ausfällt! Das Problem wird nicht sein, dass die Lichter ausgehen, das Problem wird sein, dass in den AKWs wegen des Stromausfalls die Notstromgeneratoren anspringen werden – und wir hoffen alle, dass sie das tun – nur, wie lange wird der Treibstoff reichen? Die Notstromgeneratoren halten die Pumpen am Laufen, die die Brennelemente kühlen. Wenn sie nicht mehr arbeiten, werden die Brennelemente zu heiß, und dann haben wir hier bei uns Fukushima plus Tschernobyl zur Potenz! **Das Stromnetz kann durch einen Hackerangriff ebenso zusammenbrechen wie durch eine einfache Überlastung der Leitungen oder zwei, drei andere ungünstige Umstände! Diese Gefahr ist so real, dass es nur eine Konsequenz gibt: den sofortigen Atomausstieg!**